

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für regionale Entwicklung

2005/2146(INI)

24.11.2005

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für konstitutionelle Fragen

zur Reflexionsphase: Struktur, Themen und Kontext für eine Bewertung der
Debatte über die Europäische Union
(2005/2146(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Vladimír Železný

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für konstitutionelle Fragen, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist der Auffassung, dass die Reflexionsphase dazu genutzt werden kann, eine wirkliche Debatte über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und eine verstärkte Partnerschaft im Bereich der regionalen Entwicklung zu führen und zu bewerten, in welchem Maße dieser Grundsatz bei der Umsetzung, Überwachung und Evaluierung der Ziele der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013, die für eine umfassende, ausgewogene und dauerhafte Entwicklung in allen Mitgliedstaaten, insbesondere den ärmsten Regionen, von entscheidender Bedeutung sind, beachtet wird;
2. empfiehlt, dass die Kommission vor der Erarbeitung neuer Vorschläge für Verordnungen im Bereich der Kohäsionspolitik Mitgliedstaaten, nationale Parlamente, andere Parlamente innerhalb der Mitgliedstaaten, regionale und lokale Behörden, den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften umfassend konsultiert, um eine unnötige Überregulierung zu vermeiden und die unbedingt erforderliche Flexibilität beim Umgang mit den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen für die Kohäsionspolitik zu wahren;
3. empfiehlt, dass bis zu einer späteren Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa durch alle Mitgliedstaaten das Europäische Parlament weiterhin möglichst nachdrücklich für die Veränderungen eintritt, die es im Bereich der Kohäsionspolitik vornehmen würde, und zwar aufgrund ihres Werts an sich, und dass der Grundsatz der gesetzlichen Vorsorge strikt angewandt wird, wenn es um den Rahmen der allgemeinen und spezifischen Bestimmungen der Kohäsionspolitik und ihre einzelnen Nutznießer geht;
4. schlägt vor, regelmäßige Konsultationen mit den nationalen Parlamenten und anderen Parlamenten innerhalb der Mitgliedstaaten sowie ihren jeweiligen Ausschüssen, u.a. mit gemeinsamen Sachverständigenanhörungen, zu entwickeln, gemeinsame Treffen zwischen MdEP aus jedem Mitgliedstaat und den entsprechenden nationalen und regionalen Parlamentsmitgliedern über alle die jeweilige Region betreffenden Fragen von europäischem Interesse abzuhalten, durch Kosten- und Gesetzesfolgenabschätzungen die Qualität des Gesetzgebungsprozesses im Bereich der Kohäsionspolitik auf regionaler, nationaler Ebene und auf EU-Ebene zu verbessern und damit sicherzustellen, dass den Erfordernissen aller Regionen, einschließlich der Regionen in äußerster Randlage, Inseln und schwach besiedelten Gebiete, der Bergregionen sowie der rückständigen Gebiete, in geeigneter Weise Rechnung getragen wird;
5. verweist auf die Besonderheit der Kohäsionspolitik, die kennzeichnend für die Europäische Union ist und sie von einer bloßen Freihandelszone unterscheidet; hält es aus diesem Grund für notwendig, diese auf dem Grundsatz der Solidarität beruhende Politik in allen Regionen, insbesondere den am stärksten benachteiligten, sichtbar darzustellen, um Europa und die Bürger miteinander zu versöhnen;
6. begrüßt die von Kommissionsmitglied Wallström ergriffene Initiative „Plan D“ für Demokratie, Dialog und Debatte mit dem Ziel, einen anhaltenden Dialog über die

europäische Politik sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene in Gang zu bringen; betont ferner die Notwendigkeit, die europäische Jugend an der umfassenden Debatte zu beteiligen und ihr Engagement für den „Europagedanken“ zu fördern;

7. unterstreicht in diesem Zusammenhang die absolute Notwendigkeit, angemessene Finanzmittel für die Kohäsionspolitik bereitzustellen, und bekräftigt erneut, dass der Anteil von 0,41% des BNE der Gemeinschaft das Mindestmaß an Finanzmitteln darstellt und sich diese Politik bei einem Unterschreiten dieser Schwelle im Hinblick auf das Erreichen ihrer Ziele als unwirksam erweisen könnte;
8. fordert, dass die Kommission eine präzise und mit Argumenten untermauerte Bewertung der voraussichtlichen Auswirkungen des sicheren oder möglichen Beitritts neuer Mitgliedstaaten zur Union auf die Regionalpolitik vorlegt;
9. empfiehlt den Einsatz spezifischer Instrumente wie des Internet, von Fernsehprogrammen, Werbung und Informationsseminaren in Schulen für die Zielgruppe der Jugendlichen, um einen Dialog über die europäische Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in Gang zu bringen;
10. ermutigt die Kommission, in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen eine ständige Bewertung des Dialogs über die Zukunft Europas, unter besonderer Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, vorzunehmen;
11. weist darauf hin, wie wichtig es ist, rückständige Regionen, die eine Reserve für Wachstumspotenzial darstellen und die es in allen Mitgliedstaaten, insbesondere jedoch in den zehn neuen Mitgliedstaaten, den vom statistischen Effekt betroffenen Regionen und den Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien, gibt, mit adäquaten Finanzmitteln zu unterstützen, um die Armut zu beseitigen und innovative und alternative Konzepte zu fördern, deren Ziel es ist, die regionale Entwicklung in mehreren Sektoren sowie ein ausgewogenes Wachstum in der gesamten EU zu erreichen und sicherzustellen;
12. nimmt die Hindernisse auf dem Wege zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa zur Kenntnis und unterstreicht die entscheidende Rolle, die die Strukturpolitik im Hinblick auf die Darstellung der positiven Auswirkungen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union spielen kann.

VERFAHREN

Titel	Reflexionsphase: Struktur, Themen und Kontext für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union
Verfahrensnummer	2005/2146(INI)
Federführender Ausschuss	AFCO
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	REGI 7.7.2005
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum	
Verfasser(-in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Vladimír Železný 5.10.2005
Ersetzte(r) Verfasser(-in) der Stellungnahme:	
Prüfung im Ausschuss	6.10.2005
Datum der Annahme	22.11.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 38 –: 0 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alfonso Andria, Stavros Arnautakis, Elspeth Attwooll, Adam Jerzy Bielan, Jana Bobošíková, Graham Booth, Bernadette Bourzai, Gerardo Galeote Quecedo, Iratxe García Pérez, Eugenijus Gentvilas, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Ambroise Guellec, Pedro Guerreiro, Gábor Harangozó, Marian Harkin, Konstantinos Hatzidakis, Alain Hutchinson, Carlos José Iturgaiz Angulo, Mieczysław Edmund Janowski, Gisela Kallenbach, Tunne Kelam, Miloš Koterec, Constanze Angela Krehl, Francesco Musotto, James Nicholson, Lambert van Nistelrooij, Jan Olbrycht, Markus Pieper, Elisabeth Schroedter, Alyn Smith, Grażyna Staniszevska, Catherine Stihler, Oldřich Vlasák, Vladimír Železný
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(-innen)	Jan Březina, Ole Christensen, Den Dover, Věra Flasarová, Louis Grech, Mirosław Mariusz Piotrowski, Toomas Savi, László Surján, Nikolaos Vakalis
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Cristina Gutiérrez-Cortines
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	...